

zuguziehen, und erklärte, daß er die nicht canonisch begründeten Patronate als Pfarreien freier Colatur behandeln werde. An die Mitglieder des Oberkirchenrathes war schon am 10. Juni die Aufforderung ergangen, sich nach den Grundsätzen zu richten, welche der Erzbischof angegeben; da sie sich aber als renitent erwiesen und auf die Ermahnungen ihres Oberhirten keine Antwort mehr gaben, wurden ihnen Kirchenstrafen angedroht. Gegen Vicari wurde nun der Vorwurf erhoben, er habe in die Hoheitsrechte des Staates eingegriffen, und als er dieß mit aller Entschiedenheit zurückwies und erklärte, daß er den Folgen seiner Handlungsweise unerschrocken entgegenstehe, antwortete die Regierung mit der Verordnung vom 7. November 1853, wonach keine vom Erzbischof selbst oder in dessen Namen erlassene Verfügung im Großherzogthum verkündet oder vollzogen oder ihr überhaupt eine äußere Anerkennung beigelegt werden dürfe, wenn dieselbe nicht durch den landesherrlichen Specialcommissar zugelassen sei. Jede Zuwiderhandlung solle nach dem Aufhebungsgeetze bestraft werden. Damit war das gesamte amtliche Wirken des Erzbischofs einem Polizeibeamten unterstellt. Vicari ordnete nunmehr Gebete an für die bedrängte Kirche und gab seinem Generalvicar den Auftrag, den Specialcommissar Burger unter Androhung des Kirchenbannes zu warnen; Burger ließ den Generalvicar sofort um 50 Gulden strafen, weil derselbe einen Erlaß ohne seine Genehmigung ausgegeben habe. Daraufhin wurde am 15. November im Münster zu Freiburg die Excommunication „über den Katholiken Karl Burger“ und in der katholischen Kirche zu Karlsruhe über die Mitglieder des Oberkirchenrathes verkündet. Die Regierung verurtheilte die Geistlichen, welche die Excommunication verlesen hatten, zu je 6 Wochen Gefängniß. Nun suchte der Erzbischof die Gläubigen seiner Erzdiocese, denen der Purgang theilweise fremd geblieben war, da die Regierung den inländischen Blättern die Besprechung des sog. Kirchenstreites verboten hatte, zu belehren und erließ den berühmten Hirtenbrief vom 11. November 1853, das wichtigste Actenstück des ganzen Kampfes. An der Hand unläugbarer Thatfachen erhebt er in diesem Schriftstück gegen die bödliche Regierung die Anklage, sie habe seit einer Reihe von Jahren „sich am Lehramte der Kirche vergreifen“, in „Sachen des Gottesdienstes“ und der Sacramentenspendung sich gemischt, „das Regiment der Kirche an sich gerissen“ und „weltlichen Beamten überantwortet“, der „heiligen Religion die Geltung im öffentlichen Leben des Volkes vorenthalten“, ihn selbst unter die Controle „eines untergeordneten Polizeibeamten“ stellen und ihn „mundtot machen“ wollen. Dieser Hirtenbrief, dessen Druck und Verbreitung unter dem Clerus große Schwierigkeiten machte, da die Polizei scharf darauf sahnete, ward in allen Pfarreien des Landes mit ganz wenigen Ausnahmen verlesen. Die

verlesenden Geistlichen wurden theils in Haft genommen, theils mit Geldstrafen belegt. Unter etwa tausend Priestern hatten nur zehn den Gehorsam verweigert. Der Eindrud des Hirtenbriefes war ein außerordentlicher. Auch im Auslande erweckte der Kampf überall die größte Theilnahme, die sich in zahlreichen Adressen aus den verschiedensten Ländern an den greisen Erzbischof kundgab. Papst Pius IX. sprach in seiner Allocution vom 15. December von dem leuchtenden Beispiel des Erzbischofs von Freiburg, „der weder durch Drohungen noch durch Furcht vor Gefahren abgeschreckt werde, die Pflichten des oberhirtlichen Amtes kräftig zu vertreten“. Als Trost für den sich noch steigenden Kampf empfing Vicari zwei äußerst lobende und ermunternde Breven vom 9. Januar und 27. Februar 1854. Verhandlungen zwischen der Regierung und dem Erzbischof ließen Anfangs einen Ausgleich erwarten. Plötzlich ward aber dem Erzbischof jegliches Entgegenkommen in schroffer Weise verweigert. Witten in diesen Verhandlungen war nämlich der preussische Bundestagsgesandte Otto v. Bismarck nach Karlsruhe gekommen, um dort für seine Pläne gegen die katholische Kirche zu wirken. Da nun keine Hoffnung auf eine friedliche Beilegung des Streites blieb, so erließ Vicari am 5. Mai 1854 ein Rundschreiben, in welchem er, das Eigenthumsrecht der Kirche auf die Stiftungen während, den Stiftungsvorständen verbot, die Verfügungen weltlicher Behörden bezüglich des Kirchenvermögens zu vollziehen. Dieser Hirtenbrief verhehlte seine Wirkung unter den Gläubigen nicht; die Gemeinden erhoben sich für den Erzbischof, namentlich die entschieden katholischen Odenwälder, wohin die Regierung deßhalb militärische Execution sandte. Der Erzbischof selbst ward, weil er sich gegen die Verfügungen der Staatsgewalt aufgelehnt und Andere zum Ungehorsam aufgereizt habe, am 22. Mai 1854 in seinem Palais verhaftet. Zwar hob die Regierung mit Rücksicht auf die ernste Haltung der Katholiken des In- und Auslandes die Haft am 30. Mai wieder auf, ver setzte aber dann den Erzbischof wegen „Amtsmißbrauch und Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung“ bei dem großherzoglichen Hofgericht in Anklagezustand. Der Proceß wurde jedoch niedergeschlagen, und ein Urtheil unterblieb. Die Aufregung über den ganzen Vorgang war in der katholischen Welt, soweit die Kunde drang, eine große. Aus Frankreich kam gleich nach der Freigebung des Erzbischofs eine Deputation französischer Katholiken, welche dem Oberhirten einen prachtvollen Hirtenstab überreichte. Die Beschuldigung, als habe er die Unterthanentreue und den Gehorsam gegen die Landesgesetze verletzt, wies der Erzbischof in einem entscheidenden Hirtenbriefe ab, und die Regierung mochte jetzt endlich zur Einsicht gekommen sein, daß sie auf dem Wege der Gewalt nichts ausrichte, und daß dadurch vielmehr der Riß immer größer werde. Man begann also